



**VVN-BdA
Aachen**

*Kandidatengespräche
Handreichung für eine antifaschistische
Wahlentscheidung*

Keine Stimme für die AfD

Mehr Demokratie in NRW

**Bildung dem Frieden
verpflichten**

Fragen von Antifaschistinnen und Antifaschisten der
Aachener VVN-BdA an Direktkandidat:innen der
Städteregion Aachen von:

- ▶ Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)
- ▶ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- ▶ DIE LINKE

Bildnachweise

Wappen Landtag NRW, Wikimedia Commons.

https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/thumb/6/6e/LANDTAG_NRW_Logo.svg/110px-LANDTAG_NRW_Logo.svg.png

Eva-Maria Vogt-Küppers, SPD

https://voigt kueppers.de/wp-content/uploads/2022/01/ltw_emvk_bild_16-9_web.jpg

Jan van den Hurk, SPD; Fotografin: Katharine Freh

https://www.jvdh.de/wp-content/uploads/2022/03/Jan-van-den-Hurk_Pressefoto_Spielplatz_Fotografin-Katharina-Freh-scaled.jpg

Renate Wallraff, SPD

<https://spdburtscheid.de/wp-content/uploads/2021/12/Renate-Foto-12-21.jpg>

Stefan Kämmerling, SPD; Quelle: Stefan Kämmerling

https://stefankaemmerling.de/wp-content/uploads/517A0776_oK-scaled-1.jpg

Bündnis90/Die Grünen. Fotograf: Peikert/Vogelheim

Igor Gvozden, DIE LINKE

https://www.dielinke-nrw.de/fileadmin/_processed_/e/7/csm_Foto_Igor_Gvozden_lajjos_a0de1ff877.jpg

Sunaja Baltic, DIE LINKE

<https://dielinke-aachen.de/images/kontakt/sunaja.jpg>

Die Gespräche wurden geführt am 11.4. (Grüne), 13.4. (Linke) und 14.4. (SPD)

Für die VVN-BdA nahmen teil:

Udo Beitzel, Ralf Dallmann, Detlef Peikert (V.i.S.d.P.)

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, Kreisverband Aachen

Welthaus, Raum 15

52064 Aachen, An der Schanz 1

<https://aachen.vvn-bda.de>

Einleitung

Erstmals im Jahr 2006 hat sich die VVN-BdA in einen Wahlkampf mit dem Plakat „KEINE NAZIS in den Stadtrat“ eingemischt. Dieses Plakat hat bundesweit Karriere gemacht, es kam bei den verschiedensten Wahlen zum Einsatz. Es ist darum gegangen, parlamentarische Erfolge für neofaschistische Parteien zu verhindern, es ging damals um die „Republikaner“, DVU, NPD, Europa vorn und diverse andere.

Mit dem Einzug der AfD in die Parlamente ab Mitte der 2010‘er Jahre haben sich die Herausforderungen für den Antifaschismus radikal geändert. Wenngleich sich die AfD einen bürgerlichen Anstrich verpasste, fungierte sie von Anfang an auch als Steigbügelhalter für faschistische Positionen in den Parlamenten, Faschistinnen und Faschisten wie z.B. Björn Höcke gehören Parlamenten ebenso an wie Rassistinnen und Rassisten des Schlages eines Markus Mohr (Aachener Stadtrat).

Zu den Landtagswahlen am 15. Mai 2022 ist für Antifaschistinnen und Antifaschisten das Wichtigste „Keine Stimme für die AfD“.

Wie dieses Ziel erreicht werden kann, welche Positionen und Vorstellungen Direktkandidatinnen und Direktkandidaten der Landtagswahl 2022 haben, das haben wir mit einigen von ihnen besprochen und legen hiermit die Gesprächsergebnisse als Hilfe für eine antifaschistische Wahlentscheidung vor.



Keine Stimme der AfD

Hintergrund

In NRW hat die AfD folgende Wahlergebnisse erzielt: Kommunalwahl September 2020 5,1 Prozent (+2,6%), Bundestagswahl 2021 7,3 % (-2,3%) Landtagswahl 2017 7,4 %. Damit erreichte sie 16 Sitze im Landtag, von denen allerdings nur noch 13 bei der AfD sind. Die AfD hat in NRW 5.000 Mitglieder. Überdurchschnittlich viele Stimmen erlangte sie von Arbeiter:innen.

Im Landtag gibt sich der Fraktionsvorsitzende Markus Wagner (früher Schill-Partei), gerne bürgerlich-betulich, zu verzeichnen sind aber auch offenen rassistische Äußerungen wie z.B.: *„Clankriminelle. Sie leben auf unsere Kosten, sie beziehen Hartz IV, aber fahren Porsche, sie hassen unser Land, aber dürfen bleiben. Die Verursacher: die etablierte Politik“*

Auch in NRW wurde die Querdenkerbewegung durch die AfD unterstützt mit Kampagnen wie „Nie wieder Lockdown“ oder „Gesund ohne Zwang“. Ein AfD-Antrag vom Januar 2022 trägt den Titel „Nein zur Impfpflicht – Ja zur Normalität: NRW setzt sich für „Gesundheit ohne Zwang ein“. In der ersten Fassung stand, dass die Impfpflicht ein „staatlicher Tötungsplan“ sei, der „billigend die Ermordung von Menschen in Kauf“ nehme.

Eine Betrachtung der NRW-AfD liefern diese beiden lesenswerten Texte:

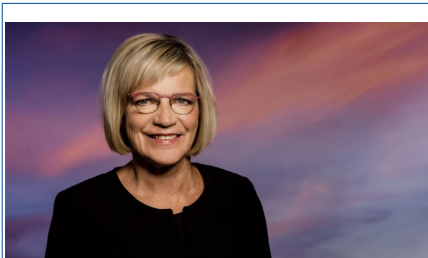
Alexander Häusler und Rainer Roeser: FORENA-Diskussionspapier „Entwicklung und politische Verortung der AfD im Bund und in Nordrhein-Westfalen“ <https://www.forena.de/forena-diskussionspapier-1-2022/>

Richard Gebhardt: Warum die AfD keine Alternative ist. Eine entlarvende Bilanz nach 5 Jahren im Landtag NRW. Herausgegeben vom DGB NRW, <https://nrw.dgb.de/archiv/++co++c3a3fc3c-ae9f-11ec-94d8-001a4a160123>

Die Gespräche

Wenngleich die AfD in den Wahlprogrammen sowohl der SPD als auch der Grünen keine Erwähnung findet und lediglich bei den Linken an einigen Stellen auf entschiedenen

Widerstand stößt, bleibt aus unserer Sicht zunächst das höchst erfreuliche Ergebnis: Alle Direktkandidat:innen teilen die Einschätzung, dass die AfD eine **gefährliche**



Eva-Maria Vogt-Küppers, SPD

Herausforderung für die Demokratie ist, dass mit der AfD undemokratische, rassistische, homophobe und neofaschistische Stimmen erneut in den Landtag einzögen.

Eine **Zusammenarbeit** mit der AfD oder eine stille Duldung einer AfD-Unterstützung nehmen die Parteien nicht hin. Im Gegenteil, alle Parteien haben in der vergangenen Wahlperiode alles unternommen, den Einfluss der Fraktion der AfD maximal zu beschränken. Selbst in Patt-Situationen wurde nicht zugelassen, die AfD als Zünglein an der Waage agieren zu lassen.

SPD In der Ablehnung der AfD ist die SPD einstimmig, sie sieht sich in der Verantwortung ihrer vielen im Faschismus verfolgten Mitglieder. Die AfD macht die Verweigerung von Zusammenarbeit sehr einfach, denn sie ist total rückwärtsgewandt, z.B. in ihrer Schulpolitik, die sich gegen Inklusion und für das dreigliedrige Bildungssystem sowie gegen Schülerbetreuung ausspricht.

Zur Zurückdrängung der AfD ist gute Politik erforderlich, die die Menschen nachvollziehen können. Gemeint ist zuerst gute Arbeit, die Förderung guter Bildung sowie geförderter Wohnraum und, ganz wichtig, Kindergrundsicherung. [Wie die aktuelle Rentenerhöhung unterhalb der Inflationsrate, also ein faktischer Rentenabbau, in dieses Schema passt, konnte nicht so ganz überzeugend erläutert werden].



Jan van den Hurk, SPD

Grüne Der AfD darf keine Bühne geboten werden, sie ist nach Möglichkeit zu ignorieren und mit allen Mitteln in den Parlamenten „aus dem System“ raus zu halten. Denn sie macht den Faschismus hoffähig und ist selbst von Faschisten durchgesetzt.

Gegen die AfD steht ein Verbot nicht zur Debatte, aber wichtig ist das Stichwort „wehrhafte Demokratie“ und das Gebot, sich nicht „vom Paradoxon der Intoleranz fangen zu

lassen“. Es muss zu den Mitteln der klassischen Innenpolitik, also Polizeiarbeit gegriffen werden, und zwar eines demokratisch kontrollierten Sicherheitsapparates.

Inhaltlich ist der AfD vor allem in zwei Bereichen entgegenzutreten. In der Bildung, dass das Thema Nationalsozialismus in Schulen kein Randthema bleiben darf. Und in der Sozialpolitik, die gute Bedingungen für alle Menschen schaffen muss.

Linke Trotz ihrer Anfänge als Professorenpartei ist die AfD brandgefährlich, sie hat den Faschismus salonfähig gemacht, und der Anteil

von Rechtsextremisten auf der AfD-Landesliste ist sehr hoch.

Generelle Unzufriedenheit in die Politik und die sozialen Verhältnisse darf nicht in rechte Stimmung überleiten; selbstkritisch schätzte die Linkspartei ein, sie habe es nicht geschafft, Protest gegen sozial ungerechte Maßnahmen (Corona) zu organisieren.

Die Linkspartei befürchtet, dass die gewerkschaftsfeindlichen und antikomunistischen Haltungen der AfD Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit anderen politischen Kräften im Landtag eröffnen könnten, die Schranken seien in diesen Fragen nicht sehr hoch.

Mehr Demokratie in NRW

Hintergrund

Im Jahr 2018 hat die Landesregierung ein neues **NRW-Polizeigesetz** verabschiedet. Es sieht erweiterten Präventivgewahrsam mit besonderen Befugnissen der Polizei vor, erklärtermaßen als Gesetz gegen Terroristen. Die Polizei in NRW nutzt das Mittel des längerfristigen Gewahrsams immer häufiger: Waren im Jahr 2019 noch 35 Menschen in einem solchen Langzeitgewahrsam, sind es 2021 mit 97 fast dreimal so viele gewesen. Das Gesetz wurde nicht gegen Terroristen, sondern besonders gegen Klima-Aktivist:innen eingesetzt.

Zudem ist die Ausstattung der Polizei mit **Tasern** vorangeschritten. Amnesty International spricht in ihren Erklärungen von Folterinstrumenten.

Ebenfalls verabschiedet wurde 2019 ein neues **Versammlungsgesetz**. Nach massiven Protesten gab es Modifikationen, so ist einheitliche Kleidung auf Versammlung möglich. Aber: Neue Befugnisse erhält die Polizei bei der Vi-

deouberwachung von Demonstrationen, beim Einrichten von Kontrollstellen und beim Erfassen der Namen von Ordner*innen. Für Demonstrationen auf Autobahnen gilt ein pauschales Verbot.

Auf „Behinderung zielende kommunikative Gegenproteste“ fallen nicht mehr unter das Störungsverbot. Aber, Verhaltensweisen, die zwar stören, aber nicht verhindern würden, sind im rechtlichen Graubereich, und in diesem Zusammenhang ist das Training von Blockaden von Naziaufmärschen jetzt unter Strafe gestellt.

Demokratische Grundrechte von Demonstranten, z.B. von Friedensaktivisten oder von Gewerkschaftsmitgliedern sind beschnitten. Einhellige Kritik lautet, die Freiheitsrechte stünden nicht im Fokus des Gesetzes.

Weiterer Fragenkomplex ist der Plan der Landesregierung, ein weiteres **Ab-schiebegefängnis** zu errichten, zusätzlich zu dem bundesweit größten in Büren mit 175 Haftplätzen. Der geplante Neubau mit 25 Plätzen soll als sogenannter „Ausreisegewahrsam“ (Inhaftierung bis zu 10 Tage) dienen und das Abschiebegefängnis in Büren ergänzen. Eine Initiative fordert „Kein Abschiebegefängnis in Düsseldorf oder anderswo – Bleiberecht statt Abschiebung“.

Die Gespräche



Renate Wallraff, SPD

SPD 2018 bildete eine „terroristische Gefahr“ den Hintergrund für das neue Polizeigesetz. Von der Landesregierung vorgesehen war sogar, dass die Polizei ohne Richtervorbehalt im Vorfeld Maßnahmen ergrei-

fen kann, das sei aber an der SPD und den Protesten im Land gescheitert.

Unterbindungsgewahrsam kann gelegentlich notwendig sein. In Hambach wurde zwar das Baurecht vorgeschoben, den Gewahrsamnahmen gingen jedoch Gesetzesverstöße voraus.

Bezüglich der Taserausstattung ist zu bedenken, z.B. bei Schutzmaßnahmen für bedrohte Frauen gab es brutale Einsätze gegen Polizisten – das wäre mit Tasern nicht passiert.

Polizisten müssen sich schützen können.

Eine Revision der erwähnten Gesetzesänderung durch die SPD steht nicht an, zumal die Gewerkschaft der Polizei sich positiv zu ihnen geäußert habe. Allerdings muss das Gesetz evaluiert werden, das ist vereinbart.



Stefan Kämmerling, SPD

Die Änderung des Versammlungsgesetzes wurde als Schlag in die Magengrube erlebt. Denn kreativer Protest muss möglich sein, die SPD ist sehr wachsam zum Schutz dieses demokratischen Grundrechts. Allerdings wird die SPD die Änderungen nicht proaktiv zurückschrauben, im Übrigen ist die Aachener Polizei relativ freundlich Demonstrationen gegenüber.

Die Frage nach einem neuen Abschiebegefängnis konnte nicht erörtert werden (siehe nächster Themenblock), das Wahlprogramm beinhaltet keine Aussage, die ein (neues)

Abschiebegefängnis grundsätzlich ablehnt.

Grüne Eine Ausstattung mit Tasern wird abgelehnt aufgrund der gesundheitlichen Gefahren und des hohen Fortbildungsbedarfes für die Beamt:innen. Die begonnene Ausstattung des Wachdienstes mit Tasern werden rückgängig gemacht.

Die mit dem Polizeigesetz faktisch verbundene Kriminalisierung der Klimabewegung ist fatal, Polizeigesetz muss definitiv weg. Allerdings ist es sehr schwer, einmal eingerichtete Polizeibefugnisse wieder zurückzukämpfen.

Ingewahrsamnahmen sind eine herbe Belastung für junge Menschen und für diese völlig ungerechtfertigt. Und die Kennzeichnungspflicht der Polizei muss wieder eingeführt werden.

Das neue Versammlungsgesetz brauchen wir nicht, es muss zumindest entschärft werden. Der innerparteiliche Druck in dieser Frage ist sehr groß, sie werden Proteste gegen das Versammlungsgesetz weiter mittragen. Allerdings würden sie persönlich keine Koalitionsverhandlungen mitführen, können also keine Versprechen abgeben.

Der Neubau eines Abschiebegefängnisses wird von ihnen niemals befürwortet.

Linke Die Partei DIE LINKE hat die landesweiten Proteste gegen das neue Polizeigesetz mit organisiert und unterstützt. Dieses muss revidiert werden, das Polizeiaufgabengesetz ist zu reformieren. Und die Kennzeichnungspflicht der Polizei muss unbedingt wieder eingeführt werden, der Widerstand der Gewerkschaft der Polizei in dieser Frage ist nicht zu verstehen.

Taser können lebensgefährlich sein, allein deshalb müssen sie verboten werden.

Ebenfalls die Proteste gegen das neue Versammlungsgesetz hat die Partei mit organisiert, manche waren selbst im Polizeikessel bei den Protesten 2019/2020. Laut Landesregierung sollte sich das Gesetz gegen Rechts richten, tatsächlich waren aber Linke und die Klimabewegung gemeint. Sie unterstützen auch gerichtliche Maßnahmen gegen das Gesetz, denn Protest gegen Nazis muss möglich sein.

Sie fordern eine offene Willkommenskultur für Flüchtende und lehnen Abschiebung ab. Das ist eine



Philipp Noack, Henning Nießen, [Ralf Dallmann VVN-BdA], [Udo Beitzel VVN-BdA], Astrid Vogelheim, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

rote Haltelinie für die Partei, auch

wenn damit eine Regierungsbeteiligung faktisch ausgeschlossen ist.

Bildung dem Frieden verpflichtet

Hintergrund

Die VVN-BdA fordert eine Erziehung unserer Kinder zum Frieden, zur Toleranz und zu einem gemeinsamen Nebeneinander. **Friedenserziehung** ist Voraussetzung für einen friedlichen Umgang mit anderen Nationen und den Austausch ihrer Kulturen. Wir benötigen ein Verständnis, dass auch andere Meinungen und Kulturen einen achtenswerten Wert haben. Rassismus, der sich in Zuschreibungen wie aktuell z.B. „Der Russe“ ausdrückt, fördert Kriegsstimmung.

Wir fragten nach dem aggressive Werben von **Bundeswehroffizieren in Schulen**, Arbeitsagenturen und social media. Dort stehen die Faszination für Militärtechnik und Kameradschaftlichkeit im Vordergrund, Krieg wird als Abenteuer und nicht als etwas Empörendes dargestellt.

Ein besondere Fragenkomplex betrifft die „**Zivilklausel**“ für die Hochschulen. In NRW wurde 2014 die Festschreibung der friedlichen Ausrichtung der Wissenschaft im Hochschulgesetz erkämpft: „Die Hochschulen entwickeln ihren Beitrag zu einer nachhaltigen, friedlichen und demokratischen Welt. Sie sind friedlichen Zielen verpflichtet und kommen ihrer besonderen Verantwortung einer nachhaltigen Entwicklung nach innen und außen nach. (HZG NRW 2014)“. Am 11. Juli 2019 beschloss die schwarz-gelbe Landesregierung das neue Hochschulgesetz mit der Option für die Hochschulen, die Zivilklauseln aus ihren Grundordnungen zu streichen. Die Friedensbewegung fordert eine verbindliche und belastbare Zivilklausel.

Die letzte Frage bezieht sich auf ein konkretes Projekt der Erinnerungsarbeit in Aachen, das geplante **Gedenkortprojekt**. Denn Gedenkstättenarbeit ist uns wichtig. Wir wollen nicht, dass die NS Zeit totgeschwiegen, sondern aufgearbeitet wird. Neben ehrendem Gedenken der Opfer des Faschismus gehört auch die Aufklärung über die Ursachen und die Rolle der verbrecherischen Teile der Wirtschaft.

SPD Das war schade, zu diesem Zeitpunkt des Gesprächs hatten die SPD-Kandidat:innen ihren Zeitvorrat von einer Stunde verbraucht und konnten das Gespräch leider nicht mehr fortführen. Wir können an dieser Stelle nur aus ihrem Wahlprogramm zitieren:

„Daher engagieren wir uns für ein Europa des Friedens, der Entspannung, der Abrüstung und der Zusammenarbeit, insbesondere mit den europäischen Nachbarländern. Wir brauchen internationale Kooperation...“ Was von dieser Position nach der „Zeitenwende“ des SPD-Bundeskanzlers Scholz übrig geblieben ist, mag der/die Leser:in selbst entscheiden. Zu unseren Fragen „Zivilklausel“ und „Keine Bundeswehr an Schulen“ gibt es im Wahlprogramm keine Aussagen. Zum Gedenkortprojekt ist zu erwähnen, dass das langjährige Landtagsmitglied der SPD Karl Schultheis maßgeblicher Förderer dieses Projekts ist.

Grüne Für sie gehört Friedenserziehung unbedingt in die Schulen. Kriegsursachen liegen in der Regel im Nationalismus, deshalb ist antinationalistische Bildung von Nöten, dann kann Kriegslust nicht entstehen. Letztlich, so betonte ein Kandidat, müssen wir sogar ganz weg vom Nationalstaat. Die Bundeswehr hat

an Bildungseinrichtungen nichts zu suchen, man muss unbedingt verhindern, dass nur Radikale zur Bundeswehr gehen. Wir müssen befürchten, angegriffen zu werden. Das Sondervermögen Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden EUR ist Bullshit.



Igor Gvozden, DIE LINKE

Aber eine wehrfähige Armee ist schon zur Landesverteidigung erforderlich, und Auslandseinsätze sind nicht grundsätzlich ausschließen, wenn eine legitime Hilfeanforderung da ist.

Dem Gedenkortprojekt schenken sie volle Aufmerksamkeit und sagen ihre Unterstützung zu und weisen darauf hin, dass es keine Konkurrenz zu dem seit Jahren schon verankerten „Wege gegen das Vergessen“ darstellen darf.

Linke Die Bundeswehr gehört im Prinzip an Schulen verboten. Sie kennen allerdings nur wenig junge Menschen, bei denen die Bundeswehr in der Schule war. Wäre die

Bundeswehr an Schulen erfolgreicher, würden sie so viele andere Werbemaßnahmen (Spiele, youtube, ...) nicht benötigen.



Sunaja Baltic, DIE LINKE

Besorgt zeigten sich die Linken über zunehmenden Rassismus: Bei Lanz im Fernsehen z.B. wurden Russen als unmenschliche Wesen darge-

stellt, die Ressentiments gegen russische Mitbürger machen Sorge ebenso wie zunehmender Druck Richtung Identifikation mit nationalistischen Inhalten.

Die Linkspartei hat den Kampf um die Zivilklausel mit unterstützt. Schon der erste Flyer des ihr nahestehenden Studentenverbandes SDS befasste sich mit der Übersetzungstechnik für den NSA u.a. Geheimdienste, unter Bruch der Zivilklausel der RWTH Aachen. Bedauerlicherweise, sagten die Kandidaten der Linkspartei, spiele das Thema Frieden an Hochschulen heute keine Rolle und die alte Zivilklausel hat Rüstungsforschung nicht prinzipiell verhindert. Jetzt müssen die Studierenden über Zivilklausel aufgeklärt werden. Deshalb schlagen sie ein Treffen mit Gruppen der Friedensbewegung vor, um eine Aufklärungsveranstaltung anbieten zu können.